

[Stadt](#) [Land](#) [Gemeinden](#) [Meine Gemeinde](#)[Startseite](#) | [Basel](#) | Wegen Mindestlohngesetz: Basler Schulen dürfen keine Ein-Jahres-Praktikanten mehr anstellenAbo **Wegen Mindestlohngesetz**

Basler Schulen dürfen keine Ein-Jahres-Praktikanten mehr anstellen

In Basel-Stadt sind die schlecht bezahlten Praktika nicht mehr erlaubt, wenn sie mehr als sechs Monate dauern. Die Lehrer fürchten, dass ihnen künftig die wichtigen Assistenten fehlen.

Leif Simonsen

Publiziert heute um 06:58 Uhr



Schülerinnen und Schüler mit speziellen Bedürfnissen werden heute in Basel-Stadt mitunter von Vorpraktikantinnen betreut. Künftig dürfen diese nur noch ein halbes Jahr angestellt werden.

Foto: Tamedia AG

Seit der Einführung der integrativen Schule vor rund 15 Jahren sind die Basler Lehrerinnen und Lehrer auf Hilfe angewiesen. Logopädinnen, Heilpädagogen und Deutsch-als-Zweitsprache-Lehrer sind in den Schulzimmern allgegenwärtig. Aber nicht nur das. Gern greifen die Schulen auch auf die Dienste von Unqualifizierten zurück. Junge Menschen, die beispielsweise vom Gymnasium geflogen sind, die Lehre abgebrochen haben oder sich nach einem erfolgreichen Abschluss neu orientieren wollen.

Bisher gab es die Möglichkeit, ein einjähriges Vorpraktikum in einer Schule zu machen. Hier konnten die Praktikanten die Lehrerinnen und Lehrer unterstützen, wenn einer der Schüler aus der Reihe tanzte, sich im Unterricht danebenbenahm oder sonstige Hilfe brauchte – beispielsweise Diabetiker, die man bei der Insulin-Injektion unterstützen musste.

Praktikumlöhne jetzt rund 4000 Franken

Der Stundenlohn von 21 Franken, der nach dem Volks-Ja zur Mindestlohninitiative von den Basler Arbeitgebern bezahlt werden muss, verunmöglicht seit Inkraftsetzung der neuen Regel einen Teil dieser Vorpraktika. Das neue Gesetz erlaubt nur Praktika bis sechs Monate – oder wenn nachgewiesen werden kann, dass der Praktikant danach ein Studium oder eine höhere Berufsbildung in Angriff nimmt.

Das Erziehungsdepartement (ED) musste deshalb reagieren. Von den 145 Vorpraktikantinnen und Vorpraktikanten an den hiesigen Schulen fallen 60 unter das Mindestlohngesetz. «Bei all diesen wurde und wird der Lohn ab dem 7. Monat gemäss den gesetzlichen Vorgaben angepasst respektive erhöht, wenn keine Anschlusslösung vorhanden ist», sagt ED-Sprecher Simon Thiriet. Die Betroffenen dürfen sich freuen. Statt wie bisher 1200 Franken brutto bekommen sie jetzt rund 4000 Franken im Monat – ein stattlicher Praktikumslohn.

Das Problem: Sie werden die letzten Ein-Jahres-Vorpraktikanten sein. Künftig wird das Erziehungsdepartement nur noch Vorpraktika bis maximal sechs Monate zu-

lassen. Diese fallen nicht unter das Mindestlohngesetz und können dementsprechend mit unter 21 Franken pro Stunde entlohnt werden.

Erziehungsdepartement unter Zugzwang

Dass den Lehrerinnen und Lehrern nun wichtige Assistenzstellen wegfallen, scheint das ED erkannt zu haben. Thiriet sagt, es würden künftig stattdessen zwei neue Funktionen eingeführt: die Schulassistenz in den Regelklassen sowie in den Spezialangeboten. Wie viele der wegbrechenden sechzig Vorpraktikantenstellen damit besetzt werden können, konnte er am Freitag nicht beantworten. Ebenso wenig, welche Mehrausgaben durch die neu zu schaffenden Funktionen anfallen.

Das ED weiss, dass die Lehrerschaft ihm auf die Finger schauen wird. Es handelt sich um ein politisch brisantes Thema. Die – hoch umstrittene – integrative Schule und die Abschaffung der Kleinklassen hat den Lehrerberuf herausfordernder gemacht. Jean-Michel Héritier, Präsident der Basler Lehrgewerkschaft Freiwillige Schulsynode, stellt klar: «Die Assistenzfunktionen werden immer wichtiger – ob das qualifizierte Assistenzen sind oder unqualifizierte. Es wäre sehr schade, wenn man die Stellen der Vorpraktikantinnen und -praktikanten nicht besetzen könnte.»

Sollte das ED es versäumen, den Lehrern die geforderte Unterstützung zu gewähren, könnte sich das rächen. Im nächsten oder übernächsten Jahr wird über die sogenannte Förderklasseninitiative abgestimmt, welche eine Wiedereinführung der Kleinklassen fordert. Wenn die Belastung der Lehrerinnen und Lehrer in Basel-Stadt bis dahin zunehmen sollte, wäre das im Abstimmungskampf Wasser auf die Mühlen der Initianten.

Leif Simonsen ist seit Mai 2021 Redaktor im Regionalressort und Mitglied des Teams Politik. [Mehr Infos](#)

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

7 Kommentare

